Herbst 2021
FCG-Magazin 03/2021 | MZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Österreichische Post AG

FCG-Sonderausgabe
zur ökosozialen Steuerreform 2021

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



„Ökosoziale Steuerreform 2021" – die Steuerreform bringt deutliche Entlastungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Foto: © Adobe Stock – foto_tech

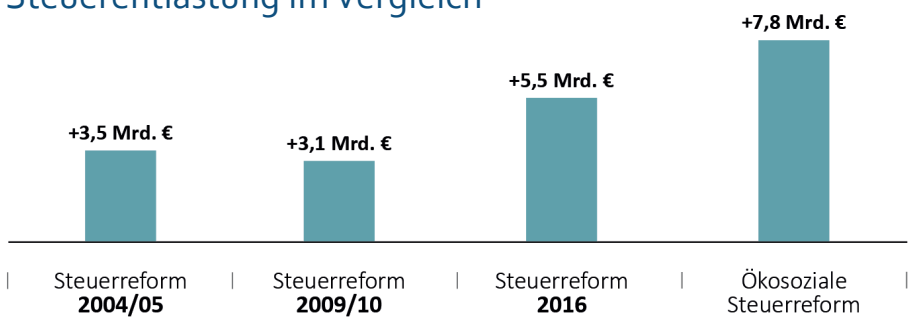
FCG

www.fcg.at

Ökosoziale Steuerreform 2021

Die von der Bundesregierung vorgestellte Steuerreform bringt deutliche Entlastungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Steuerentlastung im Vergleich



Das Entlastungsvolumen beträgt mehr als 18 Mrd. Euro. Keine andere Steuerreform hat in der Vergangenheit eine vergleichbare Dimension erreicht. Der geplante Ausbau des Familienbonus Plus sowie die angekündigte Senkung der Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer stellen große Entlastungsschritte für alle Kolleginnen und Kollegen dar. Durch die Entlastung des Faktors Arbeit wird jede/r Vollzeitbeschäftigte/r um mehr als 300 Euro pro Jahr entlastet, Personen mit niedrigem Einkommen und Pensionistinnen und Pensionisten profitieren ebenfalls von diesen Maßnahmen. Dies ist gerade in Zeiten der Pandemie wesentlich, in der die Binnenkaufkraft ein zentrales Element der Stabilisierung des Wirtschaftswachstums ist. Ein hervorstechendes Merkmal dieser Steuerreform ist die ökologische Komponente. Das Ziel ist es, konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz zu setzen. Durch die Einführung der CO_2-Bepreisung und des regionalen Klimabonus, der an die Verkehrsinfrastruktur des Wohnorts gekoppelt ist, sollen Anreize für umweltschonendes Verhalten gesetzt werden. Die regionale Staffelung dient der Berücksichtigung der Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind. Unterm Strich stellen die geplanten Maßnahmen eine deutliche und nachhaltige Entlastung dar. Nachstehend werden die zentralen Maßnahmen der ökosozialen Steuerreform vorgestellt.

Wesentliche Maßnahmen der ökosozialen Steuerreform auf einen Blick:

- **Senkung der 2. Einkommenssteuerstufe** ab Juli 2022 von 35 auf 30 Prozent, das entspricht einer Entlastung von bis zu 650 Euro pro Jahr
- **Senkung der 3. Einkommenssteuerstufe** ab Juli 2023 von 42 auf 40 Prozent, das entspricht einer maximalen Entlastung von bis zu 580 Euro pro Jahr
- **Reduktion** der gesetzlichen **Krankenversicherungsbeiträge** beginnend mit 1,7 Prozent für Personen und Familien mit niedrigem Einkommen ab Juli 2022
- **Erhöhung des Familienbonus** von 1.500 Euro auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr ab Juli 2022 - hinzu kommt die Erhöhung des Kindermehrbetrages auf 450 Euro
- **Einführung des MitarbeiterInnen-Beteiligungsmodells** mit bis zu 3.000 Euro steuerfrei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- **Einführung des regionalen Klimabonus** ab 2022 mit einer Staffelung in vier Stufen mit einem Betrag von 100 Euro, 133 Euro, 167 Euro oder 200 Euro jährlich – für Kinder gibt es zusätzlich einen Aufschlag von 50 Prozent
- **Die Sauber-Heizen-Offensive** mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. Euro – hierzu zählen u.a. steuerliche Anreize für Heizkesseltausch und thermische Sanierung

Quelle: Bundesministerium für Finanzen (www.bmf.gv.at)

Wesentliche Maßnahmen

Entlastung von Arbeit und Pensionen	Entlastung der Wirtschaft	Entlastung Land-/Forstwirtschaft	Kompensation der CO_2 Bepreisung
Tarifsenkung auf 30%/40%	KÖSt-Senkung	Wiedereinführung Agrardiesel	Regionaler Klimabonus
Krankenversicherung-Senkung	Anhebung GWG-Grenze	Energieautarke Bauernhöfe	Landwirtschaftsausgleich
Mitarbeitergewinnbeteiligung	Eigenstrom-Befreiung	KV-Senkung	Carbon Leakage
Familienbonus Erhöhung	Investitionsfreibetrag Basis + Öko		Härtefall-Regelung

Persönliche Entlastung

Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) aus Klagenfurt: Elisabeth ist Vollzeitangestellte (2.167 Euro Nettogehalt) in der öffentlichen Verwaltung, Bernhard Vollzeitangestellter (2.220 Euro Nettogehalt) bei einem Industriebetrieb.

Bernhard (Monatseinkommen 2.220 Euro netto)

Entlastung KV und Tarif	616 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500€
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**1.316 €**

Elisabeth (Monatseinkommen 2.167 Euro netto)

Entlastung KV und Tarif	567 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Entlastung Regionalbonus für 2 Kinder	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**1.467 €**

Entlastung pro Jahr: 2.783 Euro



Foto: © AdobeStock - contrastwerkstatt

Persönliche Entlastung

Alleinerzieherin mit einem Kind (5 Jahre) aus Hollabrunn: Katharina ist Vollzeitangestellte (1.544 Euro Nettogehalt) in einem Hotel. Der Ex-Mann zahlt für das Kind Unterhalt.

Katharina (Monatseinkommen 1.544 Euro netto)

Entlastung KV und Tarif	302 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	250 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Entlastung Regionalbonus Kind	100 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**852 €**

Entlastung pro Jahr: 852 Euro



Foto: © AdobeStock - Jenko Ataman

Persönliche Entlastung

Pensionisten-Ehepaar aus Wels: Josef war Vollzeitangestellter (1.296 Euro Nettopension) bei einem Versicherungsunternehmen, Waltraud lange Zeit zu Hause und als Sprechstundenhilfe (949 Euro Nettopension) bei einem Arzt tätig.

Waltraud (Monatspension 949 netto)

Entlastung KV und Tarif	236 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**436 €**

Josef (Monatspension 1.296 netto)

Entlastung KV und Tarif	241 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	**441 €**

Entlastung pro Jahr: 877 Euro



Foto: © AdobeStock - fizkes

Eine starke GÖD-FCG



Im Mittelpunkt der Mensch www.goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs | Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at | Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 | Web: www.fcg.at | ZVR-Zahl: 938 560 454 | Chefredaktion: Mag. Denis Strieder | Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beigestellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum

GENERATIONENTAGE im Juli 2021

ES WAR EIN EINMALIGES EREIGNIS IN UNSERER GESCHICHTE. Trotz weltweiter Pandemie mit unzähligen kranken Menschen konnten wir, mit strengen Vorsichtsmaßnahmen und Impfung für alle, unsere dreitägige Veranstaltung in der Akademie der AK durchführen. Alle rund 70 TeilnehmerInnen erlebten hochinteressante Referate und lebhafte Diskussionen.





Das Programm:

- „Gesundheit > Fortschritt noch leistbar" NRAbg. Univ. Prof. Dr. med. Josef Smole
- „Pressefreiheit > der Wahrheit verpflichtet!" Dr. Ernst Sittinger – Chefredakteur Kleine Zeitung; Moderation BFCG Gen.Sekr. Andreas Gjecaj
- "Covid-19 in der Intensivstation!" Bundesrat Dr.med. Karlheinz Kornhäusl
- „Steirische Politik – der besondere Weg" LAbg. Dipl.-Ing. Andreas Kinsky
- „FCG-Jugend" Rhetorik perfektionieren > Wolfgang Lienhart
- „Statements" > FCGJ Bds.Vors. Desislava Manolova, FCGJ Gen.Sekr. Alexander Jansa, Presse Mag. Denis Strieder, FCG LV Ing. Peter Amreich, LS René Heinrich
- „Organisation" > FCGJ LVors. Marcel Mikysek, FCGP LVors. OIng. Erich Amerer

FCG Steiermark „vor Ort am Wort"

GESUNDHEITSTHEMEN UND DIE ZUKUNFT DER PFLEGE



Arbeitnehmervertreter vor Ort am Wort: Peter Amreich, Franz Gosch, Charly Brüller, Gernot Wallner

Im Rahmen der Vorbereitung für das FCG Konferenzjahr 2022 war die Doppelspitze der steirischen Christlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Franz Gosch und Peter Amreich, zu Gast im LKH Leoben. In einem Erfahrungsaustausch mit den Vorsitzenden des Arbeiterbetriebsrates Karl Brüller und des Angestelltenbetriebsrates Gernot Wallner kamen Themen des Gesundheits- und Pflegebereiches zur Sprache. Wie AK-Rat Gernot Wallner betonte, ist die schwer belastende Arbeit in der Pflege Anlass genug, einen verbesserten Zugang zur Schwerarbeitspension für die Pflegebediensteten zu schaffen. Ebenso will die FCG Initiativen ergreifen, um den Pflegenachwuchs zu sichern. Die Akademische Ausbildung in der Pflege ist eine gute Errungenschaft, in Zukunft soll aber weiterhin auch eine Diplom-Ausbildung in der Pflege ohne Matura möglich sein. Der kürzlich außerordentlich eingeschobene Jahrgang an der Krankenpflegeschule Leoben hat einen regelrechten Run ausgelöst und war innerhalb weniger Tage ausgebucht. ■

COVID-19 in Österreich

Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg aus der Krise

Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung eingesetzten Maßnahmen haben seit dem Frühjahr 2020 erhebliche Spuren in der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. So stieg zwar die Zahl der Arbeitslosen und auch der AMS SchulungsteilnehmerInnen dramatisch an, andererseits konnte die Erwerbstätigkeit im Hinblick auf die teils katastrophalen Umsatzeinbrüche einigermaßen im Rahmen gehalten werden. Hier hat der breite Einsatz von Kurzarbeit eine erhebliche Rolle gespielt. Zum Zeitpunkt ihres Höchststandes im April 2020 waren mehr als eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit. Darüber hinaus war eine deutlich reduzierte Arbeitsmarktnachfrage zu erkennen, wodurch die Zahl der arbeitssuchenden Menschen zu Spitzenzeiten auf über 500.000 anstieg. Diese Arbeitsmarktfolgen waren über die verschiedenen Sektoren der österreichischen Wirtschaft ungleich verteilt.

Insbesondere das Gastgewerbe und der Tourismus waren stark negativ betroffen, während etwa im Bereich des öffentlichen Dienstes, Banken und Versicherungswesen und im Lebensmittelhandel die Veränderungen vergleichsweise moderat ausfielen. Der Onlinehandel erlebt bislang nicht gekannte Umsatzrekorde.

Staatliche Hilfsmaßnahmen bislang beispiellos

Im bisherigen Verlauf der Corona-Krise hat die Regierung bislang beispiellos mit der eingeleiteten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Fiskalpolitik insgesamt rasch und umfassend reagiert. So konnte bereits unmittelbar nach dem Ausbruch der Pandemie mit einer Kombination von Unterstützungsleistungen und der Beschäftigungssicherung durch Kurzarbeit auf die wirtschaftlichen Einbrüche reagiert werden.



Franz Gosch
GPA-Bundesgeschäftsführer
Landesvorsitzender der
FCG-Steiermark

Auch die gute Arbeitsmarktentwicklung der vorangegangenen Jahre und die niedrigen Zinsen sind als wichtige Voraussetzung für die aktuelle Krisenerholung der österreichischen Wirtschaft zu sehen. Dies führte im Ergebnis für viele betroffene Personen und private Haushalte bislang zu einer effektiven Einkommens- und Beschäftigungssicherung. Lücken in der sozialen Sicherheit und Wohlstandsverluste bestehen primär vor allem dort, wo die Regelungen zur Kurzarbeit oder das Arbeitslosengeld keine ausreichende Absicherung bieten, oder in ihrer Höhe nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreichen.

Keine Rückkehr zur Vor-Corona-Normalität – Distanz wird bleiben

Die gegenwärtige leichte Erreichbarkeit von Beiträgen in diversen Medien und Internetforen gräbt Corona indessen so tief ins Gedächtnis ein, dass es keine Rückkehr zur Vor-Corona-Normalität geben wird, weil sich Grundbefindlichkeiten zu tiefgreifend geändert haben werden.

Die Corona-Krise lehrt uns Distanz zu halten und sich nach Möglichkeit nicht mit Kuss, Handschlag oder gar Umarmung zu begrüßen.

Das bedeutet: Selbst dann, wenn eine Impfung vor dem Coronavirus schützt, oder ein Medikament das Überleben einer Infektion garantiert, wird man schwer aus dem Kopf bekommen, unser Gegenüber könnte, ohne es zu wissen, infiziert sein und die Infektion weitergeben. Ein Gesundheitsmisstrauen wird sich zumindest als kaum wahrnehmbarer Grundton in die menschlichen Kontakte mischen. Eine Gesellschaft der räumlichen Distanz wird entstehen. Es wird sich zeigen, ob sie dort, wo zwangsläufig viele Menschen zusammenkommen, etwa bei Sportveranstaltungen, Konzerten, Theater und Oper, jemals völlig überwunden werden kann.

In der Geschichte erzeugte das Ende von Krisen, egal ob es Pandemien wie die Pest oder Kriege waren, ein Manifest der Lebensbejahung. Das Coronavirus wird unsere Gesellschaft in zahlreichen Details verändern. Es wird uns aber nicht die Lust am Leben rauben, sondern möglicherweise, ganz im Gegenteil, lehren, das Leben mehr zu genießen, als man es mit einer Konzentration auf Arbeit und Geldverdienen bisher gemacht hat. Vielleicht wandelt sich die oberflächliche Ich-Gesellschaft zu einer solidarischen, lebensbejahenden Gesellschaft. In zwei bis drei Generationen wird diese neue Normalität nicht mehr hinterfragt werden, wenn man einander zum Gruß freundlich anlächelt und die Hand an die Stirn oder zum Herzen führt. ■

„Powerfrauen auf der Suche nach der richtigen Frauenpower“

DIE SOMMERAKADEMIE DER FCG-FRAUEN 2021.



„Durchsetzungsstärke“ wird von den „FCG-Powerfrauen“, den Betriebsrätinnen, Personalvertreterinnen und Vertrauenspersonen in Theorie und Praxis eingefordert. Gerade die FCG-Frauen haben im Pandemiejahr 2020/21 besondere Verantwortung übernommen, um die Interessen ihrer Belegschaft bestmöglich zu vertreten.

Doch die Suche nach der „richtigen“ Frauenpower darf nicht im Hamsterrad für die Betroffene enden! Hier setzen Inhalt und Thema der Akademie 2021 unter der Leitung der Expertin für Sozialethik Dr.in Karin Petter-Trausznitz an.

Unter der Leitung von Barbara Hollomey ging es beim abendlichen „Gipfelgespräch in der Stube“ heiß her. Mit den Teilnehmerinnen diskutierten Peter Amreich (FCG) und Bundesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖAAB) zum Thema: Gemeinsam vorwärts – FCG und ÖAAB. Schnittpunkte, Gemeinsamkeiten, sowie neue Wege und Möglichkeiten konnten in einer fruchtbaren Diskussion aufgezeigt werden. ■



Barbara Hollomey
FCG-Landesfrauenvorsitzende



Beeindruckende Neuigkeiten beim Ein-Jahr-Jubiläum von Nidec Fürstenfeld!

ZU EINEM WÜRDIGEN, GROSSEN FEST LUD CEO VALTER TARANZANO am 18. Juni die Belegschaft von Nidec GA Austria GmbH und hochrangige VertreterInnen aus Politik sowie den Sozialpartnern ein. Es gibt wahrlich viel zu feiern im Nidec-Kompressorenwerk in Füstenfeld. Im Beisein der Presse führte der bekannte steirische Moderator Daniel Neuhauser durch die Veranstaltung mit dem Höhepunkt der Eröffnung der neuen „FMX-Produktionslinie" (drehzahlgeregelter Kompressor)!



Bevor es so weit war, gab CEO Valter Taranzano in seiner halbstündigen Rede bekannt, was sich alles seit der Nidec Rückkehr am Standort Fürstenfeld getan hat. Es waren durchwegs sehr positive Nachrichten zu vernehmen. Er zeigte den Anwesenden anhand einer Präsentation, was er bei der Übernahme vor einem Jahr versprochen hatte – das Beindruckende, er hat alle seine vesprochenen Investitionen und Projekte umgesetzt. Einiges kam sogar hinzu – darauf meinte er: „Einem Italiener kann man eben vertrauen!"

Bei den Ansprachen der Ehrengäste, an der Spitze Landesrat Mag. Christopher Drexler, der Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer vertrat, wurden die Leistungen und das enorme Vertrauen in den Standort Fürstenfeld samt seiner Belegschaft seitens CEO Valter Taranzano hervorgehoben! CEO Taranzano kündigte für die Zukunft weitere Investitionen für das Fürstenfelder Werk an – insbesondere dann, wenn Fürstenfeld künftig öffentliche Unterstützungen erhalten sollte. Neben dem hohen Qualitätsbewußtsein und der Produktivität der MitarbeiterInnen sei es nur so möglich, konzernintern Investitionen in Österreich gegenüber China zu vertreten.

Als Betriebsratsvorsitzender im Nidec Werk bin ich sehr stolz darauf, was hier in den letzten eineinhalb Jahren vollbracht wurde! Zuerst der zähe Kampf gemeinsam mit der Belegschaft samt Gewerkschaft gegenüber Orlando, die Ende 2019 die Schließungspläne für die gesamte Produktion in Fürstenfeld präsentiert hatten. Bis hin zu Interventionen bis nach Brüssel, damit die EU-Kartellbehörde ihre ursprünglichen Bedenken einer Haushalt-Kompressoren-Fertigung unter Nidec überdenkt und gemäß den tatsächlichen Marktgegebenheiten neu bewertet. Mein Stolz – auf die gesamte Belegschaft – gipfelt nun in der Freude, dass wir die Trendwende offensichtlich geschafft haben. Vor einem Jahr bei der Nidec Neuübernahme einer Produktionslinie behielten knapp 100 MitarbeiterInnen ihre Jobs. Nun, ein Jahr später gehen im Werk wieder an die 200 MitarbeiterInnen täglich ein und aus! Aufgrund der Perspektive, die uns CEO Taranzano gibt, werden es zum nächsten „Geburtstag" wieder zahlreiche MitarbeiterInnen mehr sein. Schließlich planen wir bereits die Installierung einer Nachtschicht, damit wir künftig drei Millionen FMX-Kompressoren pro Jahr übers Band bringen können. Zudem wird in weitere Projekte investiert werden. ■

Gerald Weber, BRV

DER FCG-REGIONALVORSTAND TAGTE IN NIEDERWÖLZ

ZUR VORBEREITUNG AUF DIE IM NÄCHSTEN JAHR STATTFINDENDE FCG-REGIONALKONFERENZ lud Regionsgeschäftsführer Klaus Kollau den aktuellen Vorstand zu einer Besprechung ins GH Kirchenwirt nach Niederwölz. Als Ehrengäste waren auch der geschäftsführende Landesvorsitzende Peter Amreich und Landessekretär Rene Heinrich anwesend. Das Regionalgremium legte dabei den Fahrplan in Richtung Regionalkonferenz, sie wird am 24. Jänner 2022 stattfinden, fest. Es wird dabei zu einer neuen personellen Aufstellung des Vorstandes kommen. ■



EU will Bargeldzahlungen limitieren

FRITZ PÖLTL: „FINANZMINISTER BLÜMEL WILL SCHLEICHENDE ABSCHAFFUNG ABER NICHT AKZEPTIEREN!"

Die Europäische Union will laut Berichten in Tageszeitungen nun doch Bargeldzahlungen limitieren und einen Transfer über 10.000 Euro verbieten. Angeblich, um gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung besser vorgehen zu können. „Die Folgen dieser geplanten Maßnahme werden aber alle BürgerInnen zu spüren bekommen", warnt Fritz Pöltl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB-Faktion der AK-Wien. Man würde nämlich nicht nur die beliebteste Zahlungsmethode der ÖsterreicherInnen einschränken, sondern den BürgerInnen auch hohe Mehrkosten aufbürden! Derzeit würden nur rund 20 Prozent aller Transaktionen in Österreich bargeldlos erledigt, in skandinavischen Ländern liege der Anteil bei über 90 Prozent.



Foto: © Fotolia - Elenathewise

Ablehnung

Die EU-Kommission plant ein Bargeldlimit von 10.000 Euro bis 2023 einzuführen. Ein solches Limit gilt bereits in einigen EU-Staaten, nicht aber etwa in Deutschland oder Österreich. Finanzminister Gernot Blümel hat erst Mitte Mai den Vorschlag abgelehnt und kundgetan, dass Österreich keine schleichende Abschaffung des Bargeldes akzeptieren werde.

Abschaffung nach Limit ?

Fritz Pöltl: „Das 10.000-Euro-Limit ist nur eine Vorstufe zur Abschaffung des Bargeldes. Das organisierte Verbrechen wird diese Beschränkung wenig beeindrucken. Dort wird man mittels elektronischer Manipulationen Auswege suchen und auch finden." Beschnitten würde so aber das Recht auf Barzahlungen für alle BürgerInnen. Fritz Pöltl: „Die Gewinner werden dann wieder die Banken sein, die bei jeder kleinen Zahlung eine oder mehrere Buchungszeilen in Rechnung stellen werden." Dass außerdem in Österreich aktuell ein sehr erfolgreiches Volksbegehren „für uneingeschränkte Bargeldzahlung" läuft, lässt Pöltl nicht unerwähnt. ■

Kalte Progression endlich stoppen!

FRITZ PÖLTL: „DIE FINANZ SOLL ENDLICH DEN UNLAUTEREN GRIFF IN DIE GELDBÖRSEN DER ARBEITNEHMER/INNEN BEENDEN!"

Fast täglich werden von den Regierenden steuerliche Entlastungen versprochen, aber es bleibt letztendlich nur bei Ankündigungen! Fritz Pöltl, der FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzende in der Wiener Arbeiterkammer, urgiert deshalb einmal mehr, dass die Finanz endlich die kalte Progression für die SteuerzahlerInnen abschaffen soll. „Die österreichischen ArbeitnehmerInnen haben eine besonders hohe Steuerlast zu tragen. Aussagen von PolitikerInnen zur Senkung der Steuern gibt es genug, allerdings sind ihnen bisher kaum Taten gefolgt", kritisiert Pöltl und unterstützt damit die Forderung des Tiroler AK-Präsident Erwin Zangerl nach der sofortigen Abschaffung der kalten Progression. Laut Zangerl sei es eine absolute Frechheit, dass es neben der ohnehin überproportional hohen Steuern durch die kalte Progression auch noch eine versteckte Steuererhöhung gibt, die fix in das System eingebaut sei. Mehr als die Hälfte der jährlichen Einkommenssteigerungen würden damit an den Staat gehen.

Inflation steigt

Die sogenannte kalte Progression entsteht, wenn Steuerstufen nicht an die Inflation angepasst werden und Steuerpflichtige bei stagnierenden Realeinkommen in höhere Steuerstufen geraten, die für ihre Einkommenskategorie gar nicht gedacht sind. Diese Tatsache spült der Finanz Milliarden in die Kassen. Es ist aber nur eine ungerechtfertigte Steuererhöhung. Zangerl meint: „Die kalte Progression ist nichts anderes als eine Abzocke und das wird sich in den kommenden Jahren noch verschlimmern. Die kalte Progression ist im Grunde die Besteuerung der Inflation und damit die Besteuerung jenes Einkommenszuwachses, der real gar nicht zur Verfügung steht. Ist die Inflation hoch, rutscht man in höhere Steuerklassen und der Staat holt sich sofort seinen Anteil."

Pöltl und Zangerl sind hier einer Meinung: Seit Jahren werde darüber diskutiert, dass dieses leistungsfeindliche und unsoziale System endlich an die veränderten Teuerungsraten angepasst wird, wie dies in den meisten ODCD-Staaten auch geschieht. In Österreich werde es sonst nie eine Steuerentlastung geben, sondern nur jeweils eine Rückvergütung einer verdeckt eingehobenen Lohn- und Einkommensteuer".

Fritz Pöltl: „Wir fordern daher, wie bereits seit Jahren, dass die Finanz endlich den unlauteren Griff in die Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen beendet und die kalte Progression sofort stoppt!" ■

Sind Elektroautos überhaupt klimaschonend?

FRITZ PÖLTL: „DAS ELEKTROAUTO IST EIN IRRWEG, DER FÜR ARBEITNEHMER/INNEN BELASTUNGEN BRINGT, ABER DAS KLIMA NICHT RETTEN KANN!“



Foto: © Kurt F. Domnik / pixelio.de

Klimaschutz ist das Gebot der Stunde und der Versuch, die Erderwärmung zu stoppen. Er ist also der richtige Weg für eine klimaneutrale und gesunde Umwelt. Darüber ist man sich in allen politischen Lagern im Klaren. „Einige der Wege dorthin“, so Fritz Pöltl, der FCG-ÖAAB Fraktionsvorsitzende in der AK-Wien, „führen aber nur beschränkt zu diesem gemeinsamen Ziel.“ Zumindest nicht bis zum angepeilten Jahr 2030. Pöltl: „Das Elektroauto ist ein Irrweg, der für ArbeitnehmerInnen Belastungen bringt, aber das Klima nicht retten kann!“

Belastung für PendlerInnen

Über 200.000 PendlerInnen müssen tagtäglich nach Wien in ihre Betriebe gelangen. Etwa der Hälfte stehen keine geeigneten öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung. Sie sind auf ihr Auto angewiesen. Ein Umstieg auf ein E-Auto kommt aber für die meisten von ihnen nicht in Frage. Die Gründe: Zu teuer in der Anschaffung, zu geringe Reichweiten, zu wenig Ladestationen und umständliches Aufladen in der Stadt. Man müsste ja in der Nähe der Ladestationen verharren, weil man bestraft wird, wenn man zu lange an der Ladestation andockt.



Fritz Pöltl
FCG-Wien-Landesgeschäftsführer

Atomstrom ?

Die Umweltzerstörung durch den hohen Materialaufwand beim Elektroauto kommt noch hinzu. Der ist nämlich laut ExpertenInnen doppelt so hoch wie bei Verbrennungsmotoren. Fritz Pöltl: „Die CO_2-Emissionen und die Schadstoffe entstehen dann halt nicht durch den Betrieb der Fahrzeuge, sehr wohl aber bei der Produktion der dafür benötigten Strommengen. Die bestehenden Kraftwerke reichen ja schon jetzt für eine stärkere Steigerung der E-Mobilität nicht mehr aus. Der Ausweg wäre dann nur noch Atomstrom! Das kann aber auf keinen Fall unser Ziel sein!“

Kein Klima-Effekt

Der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch assistiert mit von ExpertenInnen errechneten Fakten: „Preislich erschwingliche, kleinere E-Autos bringen erst nach 72.000 zurückgelegten Kilometern einen Klimavorteil gegenüber herkömmlichen Verbrennungsmotoren. E-Autos mit größeren Batterien sogar erst bei 100.000 km. Da sind die meisten herkömmlichen Fahrzeuge bereits als Gebrauchtwagen am Markt. Beim E-Auto wird das allerdings anders sein, denn dann ist auch die Batterie am Ende. Ein Neuankauf einer Batterie wird als völlig unrentabel angesehen.“ Die Lebensdauer einer Batterie beträgt etwa 500 bis 1.000 Ladezyklen. Mit einer Ladung kann man etwa 100 Kilometer unterwegs sein. Dies würde dann einer Laufleistung von 50.000 bis 100.000 Kilometern entsprechen. Neupreis einer Batterie: Zwischen 6.000 und 13.000 Euro. Fritz Pöltl: „Wer soll denn dann ein Altauto mit 100.000 km am Tacho um 20.000 bis 30.000 Euro kaufen? So sieht die Wahrheit über die von den Grünen so heiß geliebten E-Autos aus.“ ■

Gratulation



Petra Albrecht, FCG-Bezirksvorsitzende in Donaustadt, hatte einen runden Geburtstag. Zu diesem Anlass haben ÖVP Klubobmann Zoran Ilic und FCG-Wien-Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl sehr herzlich gratuliert.

Tempo 30 für ganz Wien ist absurd

FRITZ PÖLTL: „DIE AUTOFAHRER/INNEN WERDEN IN WIEN OHNEHIN SCHON GENUG SCHIKANIERT!“

Dass nach der folgenschweren Entscheidung, in weiten Teilen von Paris Tempo 30 einzuführen, die selbsternannten VerkehrsexpertInnen des VCÖ dies nun auch gleich für ganz Wien fordern, lag ja auf der Hand. „Als völlig unsinnig“, bezeichnet allerdings Fritz Pöltl, der Fraktionsvorsitzende von FCG-ÖAAB der AK-Wien, den obskuren und abzulehnenden Vorstoß. Seine Begründung: „In mehr als zwei Drittel des Wiener Straßennetzes gilt bereits jetzt Tempo 30. Nur in einem Drittel der Straßen darf mit Tempo 50 gefahren werden, um damit den notwendigen Verkehrsfluss überhaupt aufrecht halten zu können. Laut Straßenverkehrsordnung aber ohnehin nur mit einer der jeweiligen Situation ‚angepassten Geschwindigkeit‘. Und das genügt meiner Meinung nach. Es muss ja niemand 50 fahren!“

Mehr Stau, mehr Abgase

Auch ExpertenInnen warnen vor einer Kopie der Pariser Entscheidung. So sei der Verkehr in der Seine-Metropole wesentlich dichter als in Wien und außerdem würden auch wichtige Straßenzüge von der Tempo-Bremse ausgenommen sein. Der umweltpolitische Effekt sei ebenso zweifelhaft. Laut ÖAMTC passiert nämlich durch Tempo 30 genau das Gegenteil. Es würde zu mehr Stau auf den Hauptverkehrsadern führen und die Abgasbelastung würde sogar steigen. „Der Verkehr muss ja in die Stadt hinein- und hinausfließen können. Wird die Leistungsfähigkeit der Straße reduziert, führt das nur zu Problemen – also Staus, Abgase“, meint der ÖAMTC-Verkehrstechniker David Nosè.

Fritz Pöltl: „Dass sich zwei Drittel der AutofahrerInnen heute schon nicht an Tempo 30 halten, hat gute Gründe. Die Flut an fast flächendeckenden Tempobremsen ist nämlich kaum mehr einsehbar. Vor Schulen, Spitälern oder vor stark von FußgängerInnen frequentierten Plätzen wären die Tempobremsen durchaus angebracht, aber nicht in jedem Straßenzug der Stadt. Und schon gar nicht, wenn dort öffentliche Verkehrsmittel unterwegs sind. Dann wäre Tempo 30 der absolute Unsinn!“ ■

Steigende Spritpreise machen Kilometergeld-Erhöhung notwendig

FRITZ PÖLTL: „AUTOFAHRER/INNEN ZAHLEN SCHON JETZT 8,50 EURO ZU VIEL FÜR EINE TANKFÜLLUNG. VIELE PENDLER/INNEN SIND DAVON BETROFFEN!““

Vor 20 Jahren übersprang der Spritpreis erstmals mit knapp 14 Schilling die fiktive Marke von 1 Euro. Heute kostet Superbenzin etwa 1,4 Euro und würde damit 19,26 Schilling entsprechen. „Das amtliche Kilometergeld, das AutofahrerInnen zusteht, wenn sie das Fahrzeug beruflich benötigen, liegt aber seit 13 Jahren unverändert bei 0,42 Euro pro Kilometer. Das ist kaum mehr kostendeckend“, weiß der Vorsitzende der FCG-ÖAAB-Fraktion in der AK-Wien, Fritz Pöltl. Dank dramatisch gestiegener Auto-Neupreise, dank explodierender Reparaturkosten und der jeweils mit den Inflationsraten gestiegenen Maut-, Parkpickerl- und Kurzparkkosten. „Zuletzt kamen auch noch die Ausweitungen der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in den Außenbezirken hinzu“ kritisiert dazu auch der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch.

Erhöhung um mehr als 15 Prozent

Laut ÖAMTC müsste das amtliche Kilometergeld schon seit 2017 um mindestens 15 Prozent mehr ausmachen. In den vergangenen zwölf Monaten ist der Spritpreis für die AutofahrerInnen aber noch einmal explodiert und liegt derzeit bei 1,35 Euro für Super und 1,50 Euro für Super plus! Das sind um 8,50 Euro mehr für eine durchschnittliche Tankfüllung!

Kommt CO_2-Abgabe ?

Aber schon drohen die nächsten Erhöhungen. Mit März 2022 wird ganz Wien zur Kurzparkzone und die Preise für das Parkpickerl erhöhen sich von 90 auf 120 Euro plus jeweils 50 Euro Bearbeitungsgebühr. „In der Donaustadt etwa ist das völlig unnötig. Und noch dazu bis 22 Uhr“, wie Thomas Rasch den von der Stadt Wien eingeschlagenen Weg kritisiert.

Dazu soll dann, allerdings laut den angeblichen VerkehrsexpertInnen des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) noch eine geplante CO_2-Abgabe kommen. „Dass die AutofahrerInnen seit 2011 aber bereits eine CO_2-Abgabe bezahlen, wird dabei von selbsternannten KlimaschützerInnen des VCÖ vergessen. Immerhin haben die AutofahrerInnen laut ÖAMTC in den vergangenen zehn Jahren allein dafür bereits 2,7 Milliarden Euro ins allgemeine Budget eingezahlt", wie Fritz Pöltl unterstreicht. ■

Stadt Wien: Preistreiberei mit Parkpickerl

FRITZ PÖLTL: „DIE FORTSCHRITTSKOALITION VON SPÖ UND NEOS VERLANGT VON DEN WIENER/INNEN UM 33 PROZENT MEHR FÜRS PARKEN!"

Ab 1. März 2022 wird man in ganz Wien ein Parkpickerl benötigen, oder entsprechend viele Parkscheine lösen müssen, um ein Auto für maximal zwei Stunden hier legal abstellen zu dürfen. „Eine unverständliche und ungeheuerliche Abzocke für alle ArbeitnehmerInnen, die auf ein Auto angewiesen sind", wie Fritz Pöltl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB-Fraktion in der Wiener Arbeiterkammer, kritisiert. Was nämlich als Vereinfachung und Vereinheitlichung von der zuständigen Stadträtin angekündigt wurde, stellt sich als reine Geldbeschaffungsaktion der Stadt heraus.

Pendlerfalle

Zahlreiche WienerInnen und viele der rund 200.000 PendlerInnen sind nämlich immer noch bei ihrer beruflichen Tätigkeit auf ihr Fahrzeug angewiesen. Und sie alle werden nun erbarmungslos zur Kasse gebeten. Vielen von ihnen ist ein Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel nämlich entweder gar nicht möglich, weil es zu wenige attraktive Verbindungen gibt und Buslinien etwa schon am frühen Abend, lange vor Betriebsschluss in vielen Unternehmen, eingestellt werden.

Abzocke pur

Die Abzocke im Detail: „Ja, man macht nicht einmal davor Halt, auch für die bestehenden Parkpickerl den Preis auf 10 Euro pro Monat in die Höhe zu treiben. Das sind dann 120 Euro statt bisher 90 Euro in Außenbezirken im Jahr! Um 33 Prozent mehr statt einer nur 1,7 prozentigen Inflationsanpassung", kritisiert unisono auch der Wiener FCG-Vorsitzende Thomas Rasch. Und er ergänzt: „Dass große Teile von Floridsdorf, der Donaustadt oder Liesings gar kein Parkpickerl benötigen, wird ignoriert, einfach um zu mehr Geld zu kommen."

Rotes Umdenken

Einheitlich für alle. Also auch für die Floridsdorfer, die Donaustädter und die Liesinger sowie die Hietzinger. Diese Bezirke hatten sich bisher vehement gegen ein Parkpickerl gewehrt. Dass die Bezirkskompetenz nun plötzlich keine Rolle mehr spielt, hat Gründe:

Die roten Vorsteher sind einfach umgefallen und das schwarze Hietzing musste sich anschließen, um nicht zu einem Pendlerparkplatz zu verkommen.

Die Kosten

Die rund 210.000 neu hinzukommenden Parkpickerl-Kunden dürfen nun pro Jahr rund 24 Millionen Euro zusätzlich zu den bisherigen über 190 Millionen Pickerleinnahmen in die leeren Stadtkassen spülen. Und wenn sie den Bezirk verlassen, müssen sie nun auch nach 19 Uhr teure Parkscheine lösen. Zusätzlich werden in Wien noch rund 100 Millionen durch das Strafgeldinkasso aus Organmandaten und Anzeigen eingenommen. „Dass diese Millionen den Wienerinnen und Wienern beim täglichen Einkauf und den horrend gestiegenen Mieten einfach abgehen werden, hätte auch für SozialdemokratInnen unschwer erkannt werden können. War aber leider nicht so", meint Pöltl resignierend. ■

Diözesan-Tag der Katholischen ArbeitnehmerInnen

DIE ERNEUERUNG DES TEAMS MIT PROJEKTORIENTIERTER SCHWERPUNKTSETZUNG wird den Anforderungen an eine zeitgemäße Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung (KAB) gerecht. So lässt sich der Diözesan-Tag der KAB zusammenfassen, der am 18. September im Pfarrsaal in Perchtoldsdorf stattgefunden hat. Der Generalsekretär der Katholischen Aktion Wien (KA), Christoph Watz, wies in seinem Impulsreferat auf die Bedeutung des gesellschaftspolitischen Engagements der KA insgesamt und der KAB im Besonderen hin. Als Ergebnis eines mehrjährigen Strategieprozesses wird die KAB noch stärker als bisher projektorientiert arbeiten. Projekte wie: „Hands on", Lebens- und Berufsnavigation, Wohnheime in der Göllergasse und im 3. Wiener Gemeindebezirk und die „Allianz für den freien Sonntag" werden intensiviert. Philipp Kuhlmann, der als Vorsitzender der KAB gewählt wurde, steht auf Österreich-Ebene gemeinsam mit Bischof Krautwaschl der Sonntagsallianz vor. Details sind auf www.kaboe.at nachzulesen. ■



Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl und Landespensionistenvorsitzender Rupert Schober bei der KAB-Veranstaltung „Diözesanantrag 2021"

Weichenstellung in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Matthias Deiser zum neuen Landesvorsitzenden gewählt



Das neu gewählte GÖD NÖ/FCG Präsidium – v.l.n.r.: Johannes Luef, Bruno Mölzer, Dipl. Päd. Christian Rametsteiner M.Ed., Ing. Matthias Deiser MSc, Reg. Rat Alfred Schöls, Doris Fidi, KR Harald Sterle



Alfred Schöls blickte in seiner Rede auf 32 erfolgreiche Jahre als Vorsitzender zurück.

BUNDESRAT A.D. REG.RAT ALFRED SCHÖLS ÜBERGAB NACH 32 SEHR ERFOLGREICHEN JAHREN DEN VORSITZ. Beim 18. ordentlichen Landeskongress der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der GÖDNÖ und dem 12. Landestag „Öffentlicher Dienst" und Younion im NÖAAB, wurde Ing. Matthias Deiser, MSc von 99,19 % der Delegierten zum neuen Vorsitzenden gewählt. Zudem wurden Christian Rametsteiner als Vorsitzender-Stellvertreter, sowie Doris Fidi, Johannes Luef, Alfred Schöls, Peter Schrottwieser und Karl Streicher als FCG-Präsidiumsmitglieder bestätigt.



NÖAAB-Landesobfrau Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister wünschte dem neuen Vorsitzenden alles Gute für die neue Aufgabe.

Matthias Deiser hat sich für das Vertrauen der Delegierten bedankt und festgehalten: „Der Grundsatz der FCG ‚Vorrang Mensch' steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Geschlossenheit ist unsere Stärke." Zahlreiche Ehrengäste, allen voran Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und GÖD-Ehrenpräsident Fritz Neugebauer, haben dem neuen Vorsitzenden Matthias Deiser zum Wahlergebnis gratuliert und die Verdienste des langjährigen Vorsitzenden Alfred Schöls gewürdigt. Im Rahmen des politischen Referates hat LAbg. Dr. Martin Michalitsch die großen Leistungen von Alfred Schöls hervorgehoben, insbesondere die Steigerung des Ansehens des öffentlichen Dienstes. Alfred Schöls hat sich aus persönlichen Gründen dazu entschieden, nicht mehr zu kandidieren. An seinem 70. Geburtstag spricht er von „einem großen Moment der Freude" und bedankt sich bei Standing Ovations der Delegierten und Ehrengäste sehr herzlich bei seinem Team, das ihn über viele Jahre hinweg begleitet hat, auch für die großartige Zusammenarbeit und wunderschöne Zeit. Zu den großen Leistungen seiner Tätigkeit zählen die Übersiedlung der GÖD-NÖ von Wien nach St. Pölten, die Installation des Tages des öffentlichen Dienstes und die deutliche Steigerung der Mitgliederzahlen, die durch zahlreiche Initiativen erreicht werden konnten.

Im Zuge des Landeskongresses wurden auch zahlreiche Anträge zur Verbesserung der Situation der öffentlichen Bediensteten in den unterschiedlichen Bereichen eingebracht und von den Delegierten einstimmig angenommen. Im Leitantrag wird die Fortsetzung der gelebten Sozialpartnerschaft bei allen Reformen im Arbeits-, Dienst- und Besoldungsrecht, im Bildungs-, Pensions- und Sozialrecht und bei allen organisationsrelevanten Umstrukturierungen gefordert.

Am Ende wurden langjährige, verdiente GÖD-NÖ Funktionärinnen und Funktionäre in Anwesenheit des GÖD-Vorsitzenden Dr. Norbert Schnedl und seiner Stellvertreter Hannes Gruber und Monika Gabriel



Langjährige, verdiente GÖD-NÖ Funktionärinnen und Funktionäre konnten sich über die verliehenen goldenen Ehrenzeichen der GÖD-NÖ freuen. v.l.n.r.: KR Harald Sterle, Wilhelm Waldner, Hildegard Berger, Peter Maschat, MAS, Hannes Gruber, Michael Hütter, MAS, Monika Gabriel, Ing. Matthias Deiser, MSc, Helmut Traper, Monika Rammel, Alois Pemmer, Alfred Schöls, Franz Redl, Rudolf Zeller, Dr. Norbert Schnedl, DI Andreas Neuwirth und Johannes Hetfleisch

für ihre jahrzehntelange Tätigkeit in der GÖD mit dem goldenen Ehrenzeichen der GÖD-NÖ ausgezeichnet. ■

Die neugewählten Mitglieder des GÖD-NÖ Landesvorstandes mit ihren Aufgabenbereichen und ihren Landesvertretungen:

Matthias Deiser - Vorsitzender (Landesverwaltung)
Helmut Traper - Vorsitzender-Stv. (PflichtschullehrerInnen)
Christian Rametsteiner - Vorsitzender-Stv. (PflichtschullehrerInnen)
Doris Fidi - Präsidium + Frauen (Gesundheitsgewerkschaft)
Johannes Luef - Präsidium (Polizeigewerkschaft)
Alfred Schöls - Präsidium (PensionistInnen)
Peter Schrottwieser - Präsidium (Bundesheergewerkschaft)
Hartmut Schmid - Präsidium/Konsumentenschutz (Polizeigewerkschaft)
Claudia Andre - Kultur (PflichtschullehrerInnen)
Peter Böhm - Sport (PflichtschullehrerInnen)
Brigitte Diettrich - Jugend (Unterrichtsverwaltung)
Jehona Filka - Mitglied (Gesundheitsgewerkschaft)
Gottfried Feiertag - Dienstrecht Gesundheitsberufe (Gesundheitsgewerkschaft)



Der neugewählte Vorsitzende Matthias Deiser bedankte sich bei den Delegierten für die mehr als 99% Zustimmung und gab einen Ausblick auf seine zukünftige Arbeit.

Christian Grümeyer - Dienstrecht-Bund (Polizeigewerkschaft)
Patricia Gsenger - Versicherungsschutz (AHS-Gewerkschaft)
Franz Hammer - Mitgliederservice (Gesundheitsgewerkschaft)
Barbara Heindl - Bildungspolitik/Familie (PflichtschullehrerInnen)
Martin Herzog - Mitgliederwerbung (Öffentlicher Baudienst)
Veronika Höfenstock - Dienstrecht 8/24er /Jugend (Landesverwaltung)
Margit Huber - Mitglied (Gesundheitsgewerkschaft)
Josef Kalteis - Finanz (Finanz)
Stefan Keiblinger - Soziale Betreuung (Öffentlicher Baudienst)
Josefine Kraus - Mitglied (Gesundheitsgewerkschaft)
Rainer Ristl - Bildung + Schulung (AHS-Gewerkschaft)
Werner Rosenstingl - Organisation + Presse (Landesverwaltung)
Alexander Schneck - Mitglied (Bundesheergewerkschaft)
Andreas Schnitzler - Besoldung (Finanz)
Karl Streicher - Wohnbau (Gesundheitsgewerkschaft)
Andrea Summer - Reisedienst (Finanz)
Martin Traxler - Freizeit und Erholung (PflichtschullehrerInnen)
Reinhard Waldhör - Gesundheit (Gesundheitsgewerkschaft)
Erika Zeh - Schriftführerin (BMHS-Gewerkschaft)
Rudolf Zeller - Statistik (Gesundheitsgewerkschaft)

Gute Stimmung am FCG NÖ Oktoberfest



v.l.n.r.: NÖAAB-FCG AK Fraktionsvors. KR Harald Sterle, LAbg. Dr. Martin Michalitsch, ÖBV Vorstand Dipl. Ing. Stefan Mikula , FCG NÖ Vors. Alfred Schöls, ÖBV Landesdir. Helmut Geissler, NR-Abg. Fritz Ofenauer, FCG NÖ Landessekr. KR Martin Pohnitzer, NR-Abg. Lukas Brandweiner

BEREITS ZUM 13. MAL KONNTE DAS TRADITIONELLE FCG NÖ OKTOBERFEST UNTER DEN AKTUELL GELTENDEN CORONA-BESTIMMUNGEN ABGEHALTEN WERDEN.

Unter zahlreichen FCG FunktionärInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen führte FCG NÖ Vorsitzender Alfred Schöls mit einigen der anwesenden Ehrengäste den symbolträchtigen Bieranstich durch. Für gute Stimmung sorgte wieder das Duo von "musik4dance". Diese Veranstaltung wird auch zum Gedankenaustausch und Kennenlernen von GewerkschaftskollegenInnen genützt. ■

Regionales Treffen der FCG NÖ

Beim FCG Bezirksvorsitzenden- und Regionalverantwortlichen-Treffen wurden die nächsten Schritte für die stattfindenden FCG NÖ Bezirkskonferenzen und ÖGB NÖ Regionalkonferenzen im Frühjahr 2022 besprochen. Schwerpunkte bei diesem gemeinsamen Gedankenaustausch bildeten einerseits die organisatorischen Weichenstellungen für die Zukunft und andererseits die aktuelle Steuerreform. ■



v.l.n.r.: KR Harald Sterle, KR Andreas Schauer, KR Martin Pohnitzer, Rudolf Zeller, KR Barbara Weiß, BA, Christian Bauer, Kerstin Pichler, KR Johann Werl, Alfred Schöls

Die FCG NÖ trauert um ehemaligen AK-Vizepräsidenten Franz Hemm

TIEF BETROFFEN ZEIGT SICH DIE FRAKTION CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTER-INNEN UND GEWERKSCHAFTER NÖ ÜBER DAS PLÖTZLICHE UND UNERWARTETE ABLEBEN VOM EHEMALIGEN AKNÖ VIZEPRÄSIDENTEN FRANZ HEMM.

Franz Hemm war 13 Jahre Vizepräsident der Arbeiterkammer NÖ, 17 Jahre Kammerrat und bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2019 Zentralbetriebsratsvorsitzender der EVN. FCG NÖ Vorsitzender Alfred Schöls: „Unter seinem Motto ‚Handeln statt versprechen' hat sich Franz Hemm stets für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen eingesetzt, den christgewerkschaftlichen Grundwerten verschrieben und im Interesse der Sozialpartnerschaft gehandelt. Durch sein Ableben verlieren wir nicht nur einen herausragenden und beispiellosen Christgewerkschafter, sondern auch einen guten Freund, der als begeisterter Fußballer und Musikliebhaber stets den Kontakt zu den Menschen gesucht hat." ■



Die FCG NÖ und die NÖAAB-FCG AK Fraktion gratulieren Alfred Schöls zum 70. Geburtstag

ANLÄSSLICH DES 70. GEBURTSTAGES VON FCG NÖ VORSITZENDEN ALFRED SCHÖLS luden die FCG NÖ und die NÖAAB-FCG AK Fraktion zu einem Fest in seine Heimatgemeinde Mauerbach ein.

Neben zahlreichen FreundInnen und WeggefährtInnen konnten als Gastredner Vizepräsident des europäischen Parlaments Dr. Othmar Karas, Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing, ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser, FCG Generalsekretär Andreas Gjecaj und AKNÖ-Vizepräsident Josef Hager begrüßt werden.

Sie dankten Alfred Schöls für die jahrelange, gute sowie freundschaftliche Zusammenarbeit und erzählten den anwesenden Gästen unterhaltsame Anekdoten aus den zahlreichen Begegnungen mit dem Jubilar. ■



v.l.n.r.: AKNÖ-Vizepräsident Josef Hager, FCG Generalsekretär Andreas Gjecaj, Abg.z.NR Mag.ª Romana Deckenbacher BEd, FCG NÖ Vorsitzender Alfred Schöls, NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorsitzender KR Harald Sterle, Kerstin Pichler, FCG NÖ Landessekretär KR Martin Pohnitzer



Als ganz besondere Erinnerung an die gemeinsame Zeit in der Jungen ÖVP erhielt Alfred Schöls vom Landtagspräsidenten Karl Wilfing eine selbstgestaltete Fotocollage. v.l.n.r.: AKNÖ-Vizepräsident Josef Hager, NÖAAB-FCG AK Fraktionsvorsitzender KR Harald Sterle, Landtagspräsident Mag. Karl Wilfing, FCG NÖ Vorsitzender Alfred Schöls, Vizepräsident des europäischen Parlaments Dr. Othmar Karas, FCG NÖ Landessekretär KR Martin Pohnitzer



Für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Mitglieder der GÖD-NÖ wurde Alfred Schöls beim GÖD Landeskongress das goldene Ehrenzeichen seiner Landesorganisation überreicht.

FCG NÖ Landesvorsitzender Alfred Schöls, GÖD Landesvors.-Stellvertreter Christian Rametsteiner, MEd, GÖD Landesvors.-Stellvertreter Helmut Traper, GÖD Landesvorsitzender Ing. Matthias Deiser, MSc, GÖD Landessekretär Harald Sterle